

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 1,60 Reichsmark, durch Ausgabekonten des Bezugsgebietes 1,40 Reichsmark, durch die Post 2,10 Reichsmark, durch 4 Pfennige Zeitungsgebühr. Gehalt des inliegenden Abonnements: zehn bis vierwöchentlich. Die Abgebunden werden nach Abrechnung-Zeiten berechnet, die Stelle 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Inhabes von Orden und Ehrenzeichen sollen wieder Ehrenzulagen erhalten. Wenn die Zulagen früher über 120 Mark jährlich betragen haben, so wird jetzt die Hälfte gewährt, aber nicht mehr als 300 Mark und mindestens 120 Mark. Inbetracht kommen nur hiesige, württembergische, badische und sächsische Auszeichnungen.

Weber dem Weichbild der Stadt Mannheim kam jetzt wiederum ein französisches Flugzeug in Sicht, das aber in kurzer Zeit über den Rhein verschwand. Vor kurzem freiste ein französisches Flugzeug über Schwetzingen, um dann ebenfalls über den Schölkogel hinweg, gegen den Rhein zu verschwinden.

Die Flüge tragen nicht gerade dazu bei, den Grenzgebietes das Gefühl der „Sicherheit“ zu geben.

Der Abtransport der französischen Truppen aus Düsseldorf hat sich in den letzten Tagen abgeklärt. Die Zahl der freigegebenen Quartiere beträgt bis jetzt etwa 100, darunter befindet sich das Gebäude der Polizeiverwaltung.

Aus London wird gemeldet: Seit Montag werden bei der Wollverarbeitung auch Weiten für den Export in die Vereinigten Staaten und in die französischen Sicherheitsverträge bis 31. Dezember angenommen. Der Stand der Weiten war am Montag für den Rest 1 gegen 6.

Die französische Antwort auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspactes ist gestern nachmittag an den französischen Botschafter in Berlin de Margerie abgegangen. Sie umfaßt 5 Seiten Text. Der französische Botschafter wird die deutschen Botschaft überreichen, sobald er von Quaid Drjan das Einverständnis erhalten hat.

Der belgische Außenminister Vandervelde wird sich am 7. September nach Wien begeben, um dort eine Zusammenkunft mit dem österreichischen Außenminister zu haben. An den Arbeiten des Völkerbundes werde er nicht teilnehmen.

In Wien dauern die wöchentlichen Demonstrationen gegen den Zionismusfortschritt an. Es kam zu neuen Zwischenfällen und zahlreichen weiteren Verhaftungen. Der Zionismus wird von den Präsidenten der zionistischen Weltorganisation Dr. Weizmann eröffnet. Der österreichische Bundeskanzler richtete an den Kongreß ein sehr diplomatisch gehaltenes Schreiben.

Die amerikanische Schuldent Kommission und die belgischen Vertreter haben gestern ein wichtiges Abkommen über die Rückzahlung der belgischen Schulden erzielt. Danach sollen die belgischen Schulden, die während des Krieges gemacht worden sind, im Betrage von 170 Millionen Dollar in 62 Jahren zurückgezahlt werden, ohne daß Zinsen dafür berechnet werden. Die Summe von 240 Millionen Dollar, die für Zinsen und den Wertverlust der Schulden hat, soll ebenfalls in 62 Jahren zurückgezahlt werden, und zwar mit 3 1/2 Prozent Zinsen nach Ablauf der ersten 10 Jahre.

Zwischen der lettischen Regierung und England ist ein Schuldentilgungsabkommen zustande gekommen. Die englischen Vertreter sind zufrieden über die Regelung der Währungsfrage. Eine das Kriegsschuldenproblem nicht gelöst werden. Erst wenn der Zirkus stabil sei, könne Zinsen seine Schulden bezahlen.

Wie weiter berichtet, wird Caillaux am Sonntag in London einreisen und am Montag seine Besprechungen mit der britischen Regierung über die französischen Schulden an Großbritannien beginnen. Wahrscheinlich wird Churchill, der zur Zeit einen Urlaub auf dem Lande verleiht, nach London kommen, um Caillaux zu empfangen.

Die „Agenzia di Roma“ meldet: In italienischen politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, eine neue Regelung der Währungsfrage könne das Kriegsschuldenproblem nicht gelöst werden. Erst wenn der Zirkus stabil sei, könne Zinsen seine Schulden bezahlen.

Nach politischen Witterungsmeldungen hat sich Korsika nach Mailand begeben, um wegen der Ausfuhr übersehenswerter Kohle nach Italien zu verhandeln.

Nach einer Meldung der Pariser „Information“ aus Rom werden die vor kurzem erfolgten griechischen Bestellungen auf Kriegsmaterial an italienische Fabriken als erster Schritt zu einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Griechenlands und Italiens betrachtet.

Der Prinz von Wales wurde in Buenos Aires von der argentinischen Regierung und zahlreichen Franzosenfreunden sehr herzlich empfangen. Die Londoner Zeitungen bringen ausführliche Berichte über die Festlichkeiten und über die englisch-argentinischen Beziehungen.

Die französischen Sozialisten gegen die Regierung.

Gegen den Marokkofriede.

Der Sozialistische Kongreß hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er zur Marokko-Angelegenheit Stellung nimmt. Die Entschließung besagt, daß die Sozialistische Partei

jede Verantwortung für das Marokkoabenteuer ablehnt

und eine offene Diplomatie fordert, um möglichst schnell zu einem Friedensschluß zu gelangen, in dem Spanien die Unabhängigkeit des Rifgebietes anerkennt und Frankreich und Spanien eine Bestätigung der Grenzen für das Rifgebiet zugesichert, um den Rifleuten das Leben zu erleichtern, sich mit Lebensmitteln zu versehen.

Sobald der Friede unterzeichnet ist, muß der Vertrag durch den Völkerbund wirksam werden. Außerdem wird in der Entschließung erklärt, daß die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren die Rechte für die koloniale Raubpolitik ablehnen, daß sie sich aber gegen die Aufforderung zur Desertion wenden, die von den Vorkämpfern erteilt werde und daß die Sozialistische Partei sich der Räumung Marokkos widersetzen solle, die für die Justifikation eines gefährlicheren Zustandes schaffen würde als bisher.

Daß Spanien und nicht auch Frankreich die Unabhängigkeit des Rif anerkennen soll, erklärt sich daraus, daß nach dem bisherigen Marokkoabkommen den Franzosen überhaupt keine Rechte auf das Rif zufließen. Andererseits läßt aber — und vielleicht auch von den im Grunde ganz nationalistischen französischen Sozialisten beabsichtigt — die Nichterwähnung einer französischen Unabhängigkeitsgarantie ein Hintertürchen offen, um den Franzosen gewisse Rechte über das Rif zu gewinnen, also sowohl die Rechte als die Spanier zu pressen. Der Schlüssel, daß durch die Räumung kein gefährlicherer Zustand „für die Zivilisation“ (die Zivilisation und Frankreichs Raubinteressen) sind also auch für die Sozialisten das Ziel, ist so bestimmt, daß er den Vorbehalt eines bestmöglichen Hintertürchens und schließlich beabsichtigt.

Die Franzosen treffen in Marokko in Zusammenarbeit mit den Spaniern deutliche Vorbereitungen zu einer großen Offensive, die bei Taza bereits eingeleitet hat. Die französischen Streitkräfte sollen bis Ende des Monats auf 100 Tausend

starke Bataillone gebracht werden, davon 28 in Marokkopolizei. Spanien hat Transportschiffe für weitere große Truppenbewegungen zugelassen bekommen. Dem französischen Marokkoarmee werden die spanische Großtruppe für militärische Verdienste verliehen worden.

In Spanien ist es nach englischen Meldungen zu einer vorläufigen Einigung der Franzosen mit den Truppen gekommen, doch ist es zwischen Truppen und zivilen Offizieren zu ersten Zusammenstößen gekommen, französische Truppen griffen ein und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Von Ruhe im Lande kann also derzeit noch nicht gesprochen werden.

Gegen Regierungsbeteiligung.

erner hat der Sozialistische Kongreß die von der Mehrheit unter Führung des Abgeordneten von Elum ausgehende Tagesordnung mit 2210 Stimmen angenommen, während die von der Minderheit unter Führung des Abgeordneten Renaudt eingebrachte Tagesordnung nur 680 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Tagesordnung Elum fordert, daß der Kongreß die eventuelle Teilnahme der Sozialistischen Partei an einer von anderen Parteien gebildeten Regierung ablehnt. Unabhängig von dem Schicksal der französischen Sozialisten der sozialistischen Aktion ergeben, würde die Teilnahme der sozialistischen Partei bei ihrem gegenwärtigen Stand und bei der Gesamtlage der politischen Verhältnisse den Interessen der Arbeiter und dem Sozialismus selbst schaden, ohne im Übrigen irgendmann und irgendwas die Aufgaben einer demokratischen Regierung zu erleichtern.

Diese Stellungnahme ist wichtig, weil darin die zunehmende Radikalisierung der französischen Sozialisten zum Ausdruck kommt. Im Grunde liegt darin ein ganz revolutionäres, Klassenkampfliches Programm, das in hartem Gegensatz zu der Tradition des französischen Sozialismus steht, der eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien praktisch bisher nicht ablehnte, wie ja auch geradezu fast die Normalarrange der französischen Politik die war, daß sie als Sozialisten anfangen und dann allmählich nach rechts übergingen. Zitterhaft ist freilich, ob das letzte Prinzip, „entweder die ganze Herrschaft oder nichts“ sich halten können. Denn im entscheidenden Moment liegt bei allen Franzosen der Nationalismus und überbrückt alle Gegensätze.

Hindenburg an die Weltkirchenkonferenz.

Der Herr Reichspräsident hat an die in Stockholm tagende Allgemeine Konferenz der Kirche Christi für praktisches Christentum folgendes Begrüßungstelegramm geschickt:

„Hundert von offiziellen Vertretern der christlichen Kirchen haben sich in diesen Tagen in Stockholm zusammengefunden, um die großen Lebensfragen der Gegenwart nach den Grundfragen christlicher Ethik gemeinsam zu behandeln, die ungeschwungen Aufgaben der Weltgestaltung vom Standpunkt des christlichen Gewissens aus anzufassen und die schweren Nöte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Völker im Geiste des Evangeliums zu lindern.“

„Ich begrüße mit herzlichster Freude diese Zusammenkunft als ein besonders wertvolles Glied in der Reihe der vielen Bemühungen, die um den wahren Frieden der Menschheit ringen, und hoffe, daß dieser Konferenz für praktische Arbeit ein großer Nutzen zufließen wird. Möge die Arbeit Gottes reichlich gedeihen. Mögen ihre Beratungen in dem Geiste der Liebe und des Scherzchens der Völker sich vollziehen und möge von ihnen eine Kraft zur inneren Gebung der Menschheit ausgehen.“

Kommunistischer Ueberfall in Paris.

Eine Berliner Zeitung meldet: Der Präsident der bulgarischen Sobranie, Kuleff, und der Vizepräsident Klesch, die sich in Paris zum Behufe der Kunstausstellung aufhalten, wurden gestern abend am Eingange der Ausstellung von etwa 40 bulgarischen Kommunisten überfallen, die mit Stöcken auf die beiden Präsidenten einschlugen. Die Ueberfallenen sprangen auf einen vorbeifahrenden Autobus und entkamen ihren Verfolgern. Die inzwischen alarmierte Polizei ging mit blanker Waffe gegen die Kommunisten vor, von denen zwei verletzt wurden. Es handelt sich um zwei führende bulgarische Studenten, bei denen Mitgliedschaft einer kommunistischen Vereinigung geäußert wurde.

Sozialisten gegen das Deutschlandlied.

In den sozialdemokratischen Organisationen ist eine Bewegung im Gange gegen das Singen des Deutschlandliedes durch die Parteimitglieder bei gemeinsamen Versammlungen mit den übrigen republikanischen Parteien. Der acht Tage lang andauernde Kampf um die Entscheidung der Parteimitglieder über das Deutschlandlied hat sich in den Parteimitgliedern zur Pflicht machen, bei festlichen Veranstaltungen nur beim Singen der Arbeitermarzialhymne sich zu erheben und mitzuführen.

Kriegsgefahr in Südchina.

Die Arbeiter- und Soldatenregierung in Kanton hat Bestimmungen für die Küstenhinfahrt erlassen, wonach Dampfer aller Nationalitäten, mit Ausnahme der britischen und der japanischen, die vorgeladenen Häfen anlaufen dürfen, so zu geschehen, daß die englischen Dampfer in Hongkong nicht zurückkehren.

Alle Dampfer, welche die Häfen anlaufen, müssen sich einer Durchsichtigung seitens Wachen der „antimperialistischen Union“ unterwerfen. Nach den Bestimmungen ist ferner die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Inlande verboten.

Es verlautet, daß der britische Generalkonstab in die chinesische Regierung eine schriftliche Anfrage gerichtet hat, ob diese Bestimmungen als offizielle anzusehen seien. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen eine Verletzung der Vertragsrechte aller fremden Regierungen und gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung seien.

Die verschenkten Stimmessaktien

Die Marzjinen in der Zwischmühle.

Uns wird geschrieben: Da ich eben plötzlich in ein schimmerndes „Kapital“ seinen Arbeiten die Hälfte seiner Aktien, warum und wozu, ist hier gleichgültig, es ändert an der Tatsache nichts, daß der „Ausbeuter“ die „Ausgebeuteten“ zu Teilhabern macht und zwar ganz ohne deren Wissen.

Man sollte meinen: Jabel im Arbeiterlager. Denn nun ist Teilhaber, kann es ihnen doch nicht mehr passieren, das ist ausgepreußt und ausgekauft. Und zudem ist das Gefährliche, daß wirklich kein Kapitalist. Wenn das unternehmen nur einmal paßierte, daß man in ein Aktienbündel das Millionen Goldmark wert ist, geht es betäubt! Man würde es schließlich immer noch lieber mit seinen Kollegen teilen, fast überhaupt nichts haben.

Aber von Jabel keine Spur. Die Besessenen überlegen es sich schwer, ob sie überhaupt annehmen sollen, und die Preise der beiden Parteien, die das Kapital für die alleinige, beste Methode der Wahrung der Arbeiterinteressen zu haben glaubt, der welche der Kommunisten und Sozialisten macht ob der Schenkung zu wunderlichen Drehungen und Sprünge, wie eine Kasse mit einer Klingel am Schwan.

Für den natürlich und harmlos Denkenden ganz unbegreiflich! Er meint, wenn die Arbeiter alle selber Aktionäre werden, dann haben sie doch endlich einmal ein Vermögensgut hinter sich, das sie im Falle der Not vertauschen können, dann hört auch diese ganze unelge Scheidung in Behaltende und Nichtbehaltende, Bourgeois und Proletariat auf, die Klassenunterschiede und der Klassenkampf schwinden und das ganze Volk bildet eine einzige große Familie, die einträchtig ihre verschiedenen Aktienunternehmungen zu gemeinsamen Nutzen betreibt.

Was dessen lesen wir im höchsten kommunistischen „Rufen“ in fetter Ueberrückheit: „Stimmes will keine Partei die Arbeiter abwaschen“. Manu, „Pleite“? Ich denke, das Wesen des Unternehmens besteht darin, daß er den Arbeitern das Blut ausaugt und sich daraus ein Reichertum sammelt. Und nun „Pleite“? Da stimmt doch etwas nicht. Zwar die Pleite, die Tatsache, daß es mit dem großen Reichtum nichts ist, das steht fest. Aber wie ist das denkbar, wenn das Unternehmen nur im Ausgange der Arbeiter und Geldwäscher besteht? Da ist ein Unternehmen aber doch ein erfolgreiches Unternehmen, doch noch einiges andere zu gehören, das als Klassenpartei ihren Anhängern sorgsam verheimlichen.

Aber wenn schon die Kommunisten — und im Grunde auch die Sozialisten, die nur durch die Revolution etwas topfisch geworden sind von vielen Dingen, die die raube Wirklichkeit ihren schönen Wirtschaftstheorien gegeben hat — sie sind schließlich davon überzeugt, daß sie (ob jeder einzelne oder nur die Führer, wird nicht gesagt) die „Klasseninteressen“ nicht mehr zu einem erfolgreicheren Unternehmen außer den Kästen der Wutlaugerei noch hinzugehören.

Warum nehmen sie also das Geschenk nicht an, nehmen die einträgliche Gelegenheit nicht wahr, die jedem ihrer Kollegen von der „Klassenpartei“ angeboten wird? Aber warum nicht mehr mehreren lautend Muth zuweilen? Mögen sie oder die Arbeiter doch nun zeigen, was sie können und die Pleite nun überlesen von den Arbeitern, „abwaschen“.

Die gruseligen Worte des „Rufen“ sprechen von den „Reichentümern des Stimmenskonzerns“ und dem „Spielball der kapitalistischen Raubinteressen“, so fäulseromanen und fiktivmässig sie auch sind, erklären die Notwendigkeit wirklich nicht, das Millionenangebot abzulehnen.

Dem Kern der Sache jedenfalls näher kommt schon der Unterleutnant, den das hiesige sozialistische „Volkblatt“ unter den auch nicht gerade sehr feilschen Oberleit. „Das laulende Gebläse“ steht: „Stimmes kann keine Löhne mehr bezahlen!“ So ist es nämlich wirklich. Die Kazzerte konnte die „Klassenpartei“ nicht mehr bezahlen, die Banken wollten sie nicht vorziehen. Statt des wohlklingenden, aber hohllingenden Ausdrucks „Pleite“ wählen die Sozialdemokraten den nichteren und genaueren Ausdruck: „kann keine Löhne mehr bezahlen“.

Sa, aber, was ist denn das? Arbeiter sind doch nach der Klassenpartei, auch der Sozialisten, die unglücklichen Diener, aus deren Haut der Kapitalist Riemen schneidet. Und das hat doch der Oberkapitalist Stimmes erst recht getan und nun wird das Unternehmen nach einem „lokalen“ als „aus“ nur die allerersten „Unkosten“, die Löhne, aufzubringen? Wirtlich, das „Auslaufen“ und „Riemen schneiden“ scheint ein schwieriges Geschäft zu sein und in Wirklichkeit ganz anders auszuweisen, als in den marxistischen Schilderungen. Das hiesige sozialistische „Volkblatt“ müssen sie nicht recht: sollen sie den Arbeitern dann, das Geschenk annehmen oder ablehnen? Man muß anerkennen: sie sind inzwischen vernünftiger geworden, als ihre Theorie. Der Theorie nach müßten sie nämlich zu glatter Wählung in den „Klassenpartei“ nicht mehr werden, die Arbeiter selber zu Kapitalisttheorien, zu Kapitalisten, also (nach marxistischer Theorie) zu Kapitalisten

